

Unverkäufliche Leseprobe

C.H.BECK GESCHICHTE EUROPAS

Hartmut Kaelble

**Kalter Krieg
und Wohlfahrtsstaat**

Europa 1945 – 1989



Hartmut Kaelble
Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat
Europa 1945 - 1989

288 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-61327-2

I. Die Nachkriegszeit (1945–1949/50)

I. Gemeinsame Nachkriegskrise und gemeinsamer Aufbruch

/d/as Weiterlaufen der Krise: Die Krise Europas, die mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs offenbar wurde, blieb auch in den darauffolgenden Jahren virulent. Die geschilderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme, die Kriegszerstörungen, die Geldentwertung, die Arbeitslosigkeit, die darniederliegende Exportwirtschaft und die Devisenschwäche, die gestörte landwirtschaftliche Produktion, die erzwungene Mobilität, die Spannungen zwischen Stadt und Land, zwischen Einheimischen und Flüchtlingen, zwischen Besatzungsverwaltungen und Besetzten waren weiterhin drängende Herausforderungen. Auch die schwierige Versorgungslage setzte sich erst einmal fort und löste 1947/48 in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern eine große Streikwelle aus. Nur wenige Probleme von 1945 lösten sich schnell: Meist kehrten die Displaced Persons rasch in ihre Heimat zurück oder wanderten aus. Die Anomie ging zurück, und die offiziellen Ordnungen der neuen Verfassungen, der Wohlfahrtsstaaten, der Bewirtschaftungen, Wirtschaftsplanungen und Bodenreformen wurden mehr und mehr durchgesetzt.

In der Kultur entstand auch nach 1945 kein neuer Aufbruch. Die kulturellen Strömungen der Zwischenkriegszeit dominierten die unmittelbare Nachkriegszeit. Die massive Nachkriegsnot und die Alltagszwänge führten allerdings zu Skepsis gegenüber großen Visionen in der Literatur, der Musik und der bildenden Kunst, wie sie in den 1920er-Jahren weit verbreitet gewesen waren. Weder optimistische Aufbruchphantasien oder Visionen des «neuen Menschen»

kommunistischer und faschistischer Spielart noch Endzeitvisionen des endgültigen Zusammenbruchs Europas prägten die unmittelbare Nachkriegszeit. Gewiss wurden auch jetzt noch Utopien des «neuen Menschen» entworfen, nach der Diskreditierung des Faschismus nun überwiegend von kommunistischer Seite. Auch fanden pessimistische Endzeitvisionen viele Leser: George Orwells «1984» (1949), Arthur Koestlers «Sonnenfinsternis» (1940), Constantin Virgil Gheorghius «25 Uhr» (1950) und Arnold Toynbees zwölfbändige Weltgeschichte (1934–1961) mit ihrer Botschaft, dass das alte Europa wie schon viele andere, frühere Zivilisationen in der Endphase seines Lebenszyklus angekommen sei. Aber die Wirkung solcher Aufbruchs- und Endzeitvisionen war nun begrenzt. Die Nachkriegszeit wurde bestimmt von der «skeptischen» Generation, die eher pragmatische Ziele als große Visionen verfolgte. Entsprechend gewann die abstrakte Kunst nun großes Ansehen. Frankreich und vor allem Paris beeinflussten die deutsche, italienische und belgische Kunst stark. Der Einfluss der USA stieg zwar bereits an, aber er sollte für die unmittelbare Nachkriegszeit nicht überschätzt werden.

In der Politik spitzte sich die Situation im Laufe der Nachkriegszeit immer deutlicher auf drei Probleme zu: die Krise der europäischen Demokratie, den Beginn des Kalten Krieges und schließlich die Schwäche der europäischen Kolonialimperien.

Neben ihren noch aus der Zwischenkriegszeit herrührenden Legitimationsproblemen war die Entwicklung zur Demokratie, wie im Laufe der unmittelbaren Nachkriegszeit immer deutlicher wurde, vor allem durch die Ausdehnung des sowjetischen Imperiums auf den östlichen Teil Europas bedroht. Mit dem kommunistischen Staatsstreich in Prag 1948 und dem Ende der demokratisch gewählten tschechoslowakischen Mehrparteienregierung wurde der europäischen Öffentlichkeit klar, dass die stalinistische Sowjetunion in ihrem Machtbereich keine echte Demokratie zulassen würde. Aber auch in wichtigen westlichen Ländern erschienen die Wahlerfolge der von der UdSSR stark beeinflussten kommunistischen Parteien bedrohlich groß. Sie erhielten in Frankreich 1946 mehr als ein Vier-

tel, in Italien im gleichen Jahr fast ein Fünftel der Wählerstimmen. Kommunistische Minister saßen anschließend in den Regierungen Frankreichs und Italiens.

Eng damit zusammen hing das zweite Element der politischen Krise der Nachkriegszeit in Europa, der Kalte Krieg zwischen den Supermächten USA und UdSSR. Der Kalte Krieg war ein globaler Konflikt, er entwickelte sich aber in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem in Europa und Ostasien. Die meisten europäischen Länder wurden in ihn hineingezogen. Er war *kalt*, weil es in Europa nicht zu wirklichen militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Supermächten kam. Trotzdem wird er als *Krieg* bezeichnet, weil durch das außergewöhnlich umfangreiche konventionelle und atomare Wettrüsten zwischen den Supermächten USA und UdSSR fortwährend die Gefahr eines Kriegsausbruchs zwischen den Blöcken bestand. Zugleich war der Kalte Krieg keine rein militärische Konfrontation, sondern ein Konflikt, in dem es ebenso um Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur ging.

Während der Nachkriegsjahre steigerten sich die Spannungen zwischen den USA und der UdSSR über ihre Einflusszonen in Europa kontinuierlich. Schon im Februar 1946 prognostizierte Stalin in einer Rede über die tiefe Krise des Kapitalismus einen drohenden westlichen Angriff auf die UdSSR. In einem berühmten Telegramm forderte der amerikanische Botschafter in Moskau, George F. Kennan, ebenfalls im Februar 1946, dass die Expansion der Sowjetunion in Europa durch eine amerikanische Politik des *Containment* gestoppt werden müsse. Offiziell wurde der Kalte Krieg im März 1947, als der amerikanische Präsident Harry S. Truman die nach ihm benannte Truman-Doktrin verkündete, die allen Demokratien den Schutz der USA vor der Expansion der UdSSR zusicherte. Die Spannungen wurden weiter manifest, als die UdSSR und von ihr gezwungen auch die Tschechoslowakei und Polen nach anfänglicher Mitberatung den 1947 vom amerikanischen Außenminister George C. Marshall verkündeten und nach ihm benannten Marshall-Plan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ablehnten. Der Staatsstreich der kommunistischen Partei

in der Tschechoslowakei im Februar 1948 verschärfte die Spannungen weiter, zumal damit die einzige Demokratie in Ostmitteleuropa beseitigt wurde, die von 1918 bis zu ihrer gewaltsamen Unterdrückung durch die Truppen Hitlers funktioniert hatte.

Schon im März 1948 folgte die Unterzeichnung des Brüsseler Paktes, eines militärischen Beistandsvertrags zwischen Großbritannien, Frankreich und den Beneluxstaaten. Im Juni 1948 kam es zur ersten direkten militärischen Konfrontation der beiden Supermächte, als die UdSSR Westberlin durch eine Landblockade abzuriegeln begann und sich die westlichen Alliierten entschlossen, die Stadt dennoch zu halten und sie aus der Luft zu versorgen. Die USA wiederum ließen dem kommunistischen Jugoslawien umfangreiche Hilfen zukommen, um die Verselbständigung des Landes gegenüber der UdSSR zu befördern. Im April 1949 wurde als Weiterentwicklung des Brüsseler Paktes die North Atlantic Treaty Organisation (NATO) unter der Führung der USA gegründet und damit Nordamerika militärisch stärker als je zuvor an Europa gebunden. Der NATO gehörten außerdem neben Kanada und den Staaten des Brüsseler Paktes als weitere europäische Gründungsstaaten Island, Norwegen, Dänemark, Italien und Portugal an, ab 1952 auch Griechenland und die Türkei.

Ebenfalls 1949 wurden die Bundesrepublik und die DDR und darüber hinaus das kommunistische China als wichtigster neuer, für den Kalten Krieg zentraler Staat gegründet. Für den Beginn des Wettrüstens war die Zündung der ersten sowjetischen Atombombe im August 1949 und damit das Ende des seit 1945 bestehenden Atomwaffenmonopols der USA ein Schlüsselereignis. Die Hauptkonfrontation des frühen Kalten Krieges war der Krieg in Korea (1950–1953), in dem sich einerseits Südkorea und die USA (später auch weitere Verbündete), andererseits Nordkorea und China, allerdings nicht direkt die UdSSR, gegenüberstanden. Der Koreakrieg hatte starke Auswirkungen auf Europa. Er verschärfte auch hier die Spannungen zwischen Ost und West, führte zur westdeutschen Wiederbewaffnung und stimulierte gleichzeitig die europäische Wirtschaft aufgrund der rapide ansteigenden amerikanischen Militärausgaben.

Der Kalte Krieg teilte Europa in eine amerikanische Einflusszone und einen sowjetischen Machtbereich. Nur wenige europäische Länder, Finnland, Irland, Österreich, die Schweiz und Jugoslawien, konnten politisch eine neutrale Position halten oder gewinnen. Darüber hinaus wurde in sozialistischen und linkskatholischen politischen Milieus einiger großer westeuropäischer Länder in der Nachkriegszeit das Konzept eines Europas als «Dritter Kraft», einer europäischen Politik der Distanz gegenüber *beiden* Supermächten, vertreten. Diese Position konnte sich jedoch nicht gegen die Dynamik des Kalten Krieges durchsetzen.

Fast dreißig Jahre lang hatten die liberale USA und die kommunistische UdSSR nach 1917 nebeneinander existiert. Warum gerieten sie ab 1946 in diesen Konflikt? In der Forschung stand lange Zeit die Schuldfrage im Zentrum. Sie trat in der jüngeren Zeit stärker in den Hintergrund, da unter den damals gegebenen Umständen beide Supermächte aus unterschiedlichen Gründen starke Motive für den Eintritt in den Kalten Krieg besaßen. Europa war nach dem Zweiten Weltkrieg wegen seiner völligen wirtschaftlichen, politischen und moralischen Schwächung nicht mehr in der Lage, eine eigenständige Friedensordnung wie nach den Napoleonischen Kriegen oder nach dem Ersten Weltkrieg zu schaffen. In diesem europäischen Machtvakuum traten die beiden neuen Supermächte mit gegensätzlichen globalen Missionsprogrammen auf: die USA mit der wirtschaftlichen Liberalisierung und Demokratisierung, die UdSSR mit der wirtschaftlichen Modernisierung durch staatliche Planung und der Diktatur der Kommunistischen Partei.

Entscheidend für den Ausbruch des Kalten Krieges war zudem paradoxerweise ein gemeinsamer Erfolg: der völlige Sieg über den gemeinsamen Feind in Europa, das nationalsozialistische Deutschland und seine Gewaltherrschaft über den Kontinent. Dieser gemeinsame Feind hatte zuvor die Gegensätze zwischen den USA und der UdSSR überdeckt.

Beide Supermächte stießen schließlich in Europa mit ihrer Politik der Perfektionierung der eigenen Sicherheit zusammen: Die UdSSR baute einen breiten Sicherheitsgürtel von Satellitenstaaten



Grenzänderungen in Europa nach 1945

auf, der einen nochmaligen Überfall auf die UdSSR durch eine europäische oder auch eine außereuropäische Macht verhindern sollte. Verstärkt wurden die Ängste der UdSSR durch das seit 1945 bestehende Atomwaffenmonopol der USA bis zur überraschend frühen Zündung einer eigenen Atombombe 1949. Die USA betrieben seit 1947 eine Sicherheitspolitik des *Containment*, das heißt der Abwehr der weiteren Expansion der UdSSR, die in allen osteuropäischen und ostmitteleuropäischen Ländern kommunistische Regierungen durchgesetzt hatte.

Das dritte Element der politischen Krise in Europa während der Nachkriegszeit war der beginnende Zusammenbruch der europäischen Imperien in Asien und Afrika, aber auch – im engen Zusammenhang mit der Neuentstehung des sowjetischen Imperiums – das Ende von bestehenden Imperien innerhalb Europas. Diese Krise traf einen Großteil der europäischen Staaten. Sie begann mit großem Eklat in Asien mit der Unabhängigkeit des Kernstücks des britischen Empire, der Kronkolonie Indien, mit der Unabhängigkeit der wichtigsten niederländischen Kolonie, Indonesien, mit den Unabhängigkeitsforderungen in den französischen Kolonien Algerien und Indochina und mit der Gründung Israels im britischen Mandatsgebiet Palästina (vgl. Kap. 3 und 6).

Aus mehreren Gründen verstärkte die Entkolonialisierung die innere Krise Europas. Die Kolonialfrage begann schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit die öffentliche Meinung in den westeuropäischen Kolonialmetropolen zu spalten. Darüber hinaus stellte die Rückkehr der Europäer aus den Kolonien die Regierungen in den Mutterländern vor schwierige Aufgaben der Reintegration. Daneben zeichnete sich schon damals eine weitere Herausforderung ab: die Immigration von einheimischen Bewohnern der Kolonien nach Europa. Schließlich führte die Entkolonialisierung auch zu Problemen für den Außenhandel der Kolonialmetropolen. Kolonien waren im Außenhandel während der Nachkriegszeit oft besonders wichtige Handelspartner gewesen, Indien für Großbritannien, Indonesien für die Niederlande und Algerien für Frankreich. Die Umstellung auf neue Exportmärkte nach der Unabhängig-

keit der Kolonien gestaltete sich in der Nachkriegszeit angesichts der schlechten europäischen Wirtschaftslage jedoch ausgesprochen schwierig.

Die Entstehung des sowjetischen Imperiums beendete zudem die jahrhundertalte kulturelle und wirtschaftliche deutsche Vorherrschaft in Ostmitteleuropa. Das NS-Regime hatte diese im Zweiten Weltkrieg in ein äußerst brutales Besatzungsregime mit Propaganda, Terror und Auslöschung der jeweiligen nationalen Eliten sowie der jüdischen Minderheit verwandelt. Dieses innereuropäische Kolonialregime brach mit der deutschen Niederlage im Weltkrieg zusammen, verbunden mit riesigen Flüchtlingsströmen von Deutschen beziehungsweise Deutschstämmigen aus Ostmitteleuropa hinter die neuen, als Folge des Zweiten Weltkriegs entstandenen deutschen Grenzen. Ein zweites, allerdings weniger gewichtiges innereuropäisches Kolonialregime war vom faschistischen Italien in Teilen Kroatiens und in Albanien errichtet worden. Diese Kolonialherrschaft brach am Ende des Zweiten Weltkriegs ebenfalls zusammen, begleitet von der Flucht von Italienern nach Italien und dem langen Konflikt zwischen Italien und Jugoslawien um Triest.

Aufbruch und neue Weichenstellungen. Die unmittelbare Nachkriegszeit war aber nicht nur eine Krisenzeit, sondern auch eine Epoche des Aufbruchs in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur ebenso wie in der Politik. Fast alle diese Neuanfänge erwiesen sich nicht als vorübergehende Änderungen, sondern als Weichenstellungen für die kommenden Jahrzehnte oder prägen Europa sogar bis heute. Dadurch erhielt diese Epoche ihr besonderes Gewicht.

Die wichtigsten wirtschaftlichen Weichenstellungen waren die Neuordnung der Weltwirtschaft durch die amerikanische Regierung und die Herausnahme rund eines Drittels der Weltbevölkerung und fast eines Viertels der europäischen Bevölkerung (ohne UdSSR) aus der Weltwirtschaft durch die Abschottung der Wirtschaftsräume des sowjetischen Imperiums und des maoistischen China.

Die amerikanische Regierung schrieb die Liberalisierung der Weltwirtschaft, den Abbau der Zölle und den Aufbau eines inter-

nationalen Währungssystem auf ihre Fahnen. Davon versprach sie sich nicht nur mehr Wohlstand, sondern auch eine bessere Chance für die Durchsetzung der Demokratie. Mit dieser Neuordnung der Weltwirtschaft wollte sie eine Lehre aus den Fehlentwicklungen der Zwischenkriegszeit ziehen, in der sich die einzelnen Nationen durch Zölle sowie durch nationale Währungs- und Wirtschaftspolitik voneinander abgeschlossen und dadurch der Weltwirtschaft und im Endeffekt auch dem eigenen Wohlstand massiv geschadet hatten.

Das Kernstück der neuen Weltwirtschaftsordnung war das Währungssystem von Bretton Woods, das 1944 auf Initiative der Vereinigten Staaten und Großbritanniens eingerichtet wurde. Bretton Woods war die Antwort auf drei zentrale damalige Probleme: das geringe Vertrauen in die internationale Wirtschaft; den großen Bedarf der daniederliegenden europäischen Wirtschaften an Investitionsgütern, die nur durch Importe aus den USA zu beschaffen waren; schließlich das enorme Ungleichgewicht zwischen den verarmten und verschuldeten europäischen Ländern und den reichen USA, die selbst kaum Schulden hatten und in hohem Maße Gläubiger Europas waren. Als solche waren die USA an einem raschen Aufschwung der europäischen Wirtschaft interessiert, da nur dann die Europäer ihre Schulden zurückzahlen konnten.

Mit dem Währungssystem von Bretton Woods sollte die freie Konvertibilität der Währungen eingeführt werden, allerdings zu festen Wechselkursen, um damit eine entscheidende Voraussetzung für die Liberalisierung des internationalen Handels zu schaffen. Die Leitwährung, an der sich alle anderen nationalen Währungen ausrichteten, wurde der US-Dollar, der wiederum in Gold eintauschbar war, um Vertrauen zu schaffen. Dadurch erlangten die Vereinigten Staaten eine Vorrangstellung in der Weltwirtschaft und eine besonders hohe wirtschaftspolitische Verantwortung vor allem im Bereich der Geldwertstabilität und der öffentlichen Verschuldung, da der Kurs des Dollars nicht nur die eigene Wirtschaft beeinflusste, sondern auch die gesamte Weltwirtschaft prägte. Die Anpassung der jeweiligen Währung an neue wirtschaftliche Stärken oder

Schwächen eines Landes konnte im System von Bretton Woods nur durch Regierungsentscheidungen über einen neuen Umtauschkurs zum Dollar erfolgen, nicht dagegen wie heute durch den Devisenmarkt. Institutionell unterfüttert wurde das System von Bretton Woods durch den 1944 begründeten Internationalen Währungsfonds (IWF) und die 1945 eingerichtete Weltbank sowie – auch wenn nur die beiden genannten Institutionen die eigentlichen Bretton-Woods-Organisationen sind – durch das 1947 abgeschlossene General Agreement on Tariffs and Trade (GATT).

Für Europa war darüber hinaus ein Programm von besonders großer Wichtigkeit, welches das Weltwirtschaftssystem ebenfalls stabilisieren sollte: der amerikanische Marshall-Plan von 1947. Dieser war kein globales, auf Dauer angelegtes, sondern ein regional und zeitlich begrenztes Projekt. Sein Ziel war Hilfe für die ruinierten europäischen Wirtschaften, denen die Mittel für den Kauf von Investitionsgütern und Rohstoffen fehlten. Das Programm, das seit 1948 umgesetzt wurde, bot den europäischen Ländern 12 Milliarden Dollar, damals ca. 2% ihres Bruttosozialprodukts, an langfristigen Krediten. Dafür verlangte die amerikanische Regierung die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftsverwaltung, das European Recovery Program, das die Durchführung des Marshall-Plans abwickeln sollte. Die Marshall-Plan-Kredite gingen nicht direkt an die europäischen Unternehmen; kein einziger Dollar überquerte den Atlantik. Die amerikanischen Unternehmen bekamen ihre Exporte nach Europa direkt von der amerikanischen Regierung bezahlt. Die europäischen Unternehmen ihrerseits bezahlten diese Importe bei ihrer jeweiligen Regierung, die aus diesen Mitteln wiederum Infrastrukturprojekte finanzierte. Auf diese Weise wurden sowohl private als auch öffentliche Investitionen in Europa gefördert.

Der Marshall-Plan war in doppelter Hinsicht ein Erfolg: Er löste auf der einen Seite das Problem der Dollarlücke und ermöglichte den europäischen Unternehmen, die Investitionsgüter und Rohstoffe, die sie dringend benötigten, in den USA zu kaufen. Darüber hinaus war er auch eine der größten öffentlichen Werbekam-

pagnen der Nachkriegszeit und machte den Europäern bewusst, dass es eine Solidarität unter Demokratien gab und die amerikanische Regierung bereit war, ihnen zu helfen. Diese Wirkung des Marshall-Plans war besonders in den ehemaligen Achsenländern, in Deutschland, Österreich und Italien, wichtig. Die USA wurden in diesen Ländern zunehmend nicht mehr als Feind angesehen. Zudem lag seine Stärke darin, dass er kein rein selbstloses Projekt war, sondern auch den Vereinigten Staaten in doppelter Hinsicht half. Er stimulierte die europäische Wirtschaft, die dadurch auf längere Sicht wieder zu einem wichtigen Exportmarkt für die USA werden konnte. Außerdem war er ein gewichtiges Konjunkturprogramm für die amerikanische Wirtschaft in einer Epoche des schwierigen Übergangs von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft.

Aber nicht nur für die Weltwirtschaft, sondern auch für die europäischen Nationalwirtschaften war die Nachkriegszeit eine Zeit wichtiger Weichenstellungen, vor allem bei der Aufhebung der Bewirtschaftung, den Währungsschnitten und der Verstaatlichung von Unternehmen sowie der Einführung der Planwirtschaft im östlichen Europa. Nicht nur in den besiegten Ländern, sondern auch in den Siegerstaaten prägte die im Weltkrieg eingeführte Bewirtschaftung von Konsumgütern und von Wohnungen durch die öffentlichen Verwaltungen den Alltag der Europäer. So gut es ging, versuchten diese mit der als Folge der Bewirtschaftung entstandenen doppelten Wirtschaft, dem Nebeneinander von öffentlicher Bewirtschaftung und privaten Schwarzmärkten beziehungsweise den Kleingärten der privaten Haushalte, zurechtzukommen. So bald wie möglich gaben die meisten europäischen Regierungen allerdings die Bewirtschaftung, die ungeliebte Lebensmittelkarte und Wohnungszuteilung, wieder auf.

[...]